



Niederschrift

29. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.10.2006
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Dr. Grittner, Wolfgang	DIE LINKE. PDS, KWG	
Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE. PDS	
Herr Scharlock, Dieter	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE. PDS	
Herr Kirsch, Wolfhard	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Dr. Przybilski, Helmut	SPD	
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	anwesend bis TOP 6 (19:30)
Herr Lehmann, Peter	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab TOP 2 (18:12)
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP	
Herr Grünberg, Kai	Die Andere	
Herr Becker, Hans	BV	
Herr Dörschel, Jens	Grüne/B90	
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	
Herr Rietz, Klaus	CDU	
Herr Tack, Thomas	Die Andere	
Herr Vogel, Andreas	DIE LINKE. PDS	

Nicht anwesend sind:

Herr Henning, Tino	DIE LINKE. PDS	nicht anwesend
Herr Siebenhaar, Horst	Seniorenbeirat	entschuldigt
Frau Tietz, Kathrin	CDU	nicht anwesend
Herr Walter, Andreas	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt
Herr Witschak, Jirka	SPD	nicht anwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 14.09.2006

- 2 Mitteilungen der Verwaltung

- 3 Wohnumfeldverbesserung in der Waldstadt II
Vorlage: 05/SVV/0825
Fraktion CDU

- 4 Straßenreinigungssatzung 2007
Vorlage: 06/SVV/0507
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- 5 Straßenreinigungsgebührensatzung 2007 ohne Grundgebühr
Vorlage: 06/SVV/0508
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- 6 Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 27 "Horstweg / An
der Alten Zauche"
Vorlage: 06/SVV/0620
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 7 Nutzungskonzept für die Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 06/SVV/0652
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 8 City - Beirat
Vorlage: 06/SVV/0656
Fraktion SPD

- 9 Großveranstaltungen in der Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 06/SVV/0688
Fraktion BürgerBündnis/FDP

- 10 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 108 "Uferzone Sacrower See"

Vorlage: 06/SVV/0720
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 11 Abfallwirtschaftskonzept der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0726
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit, Umwelt

- 12 Standortprüfung für neues Tierheim
Vorlage: 06/SVV/0705
Fraktion DIE LINKE. PDS

- 13 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit**
Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Jäkel.
Zu Beginn der Sitzung sind 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Herr Jäkel stellt kurz Herrn Wolfgang Schwarze vor, der in der nächsten Stadtverordnetenversammlung als sachkundiger Einwohner für die Fraktion DIE LINKE.PDS in den OUL-Ausschuss berufen werden soll.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Arndt macht darauf aufmerksam, dass die Drucksachen 06/SVV/0652 (Nutzungskonzept für die Potsdamer Innenstadt), 06/SVV/0656 (City-Beirat) und 06/SVV/0688 (Großveranstaltungen in der Potsdamer Innenstadt) in der letzten StVV zur Beratung im Hauptausschuss sowie im OUL-Ausschuss bis Januar 2007 nach Auswertung des Weihnachtsmarktes zurückgestellt wurden.

Herr Dr. Przybilski bekräftigt dies.

Herr Grünberg bittet, die Anträge zumindest zu beraten.

Herr Arndt weist darauf hin, dass alle Anträge auf Januar zurückgestellt wurden.

Herr Lehmann bittet um Abstimmung.

Antrag:

Die Drucksachen 06/SVV/0652 (Nutzungskonzept für die Potsdamer Innenstadt), 06/SVV/0656 (City-Beirat) und 06/SVV/0688 (Großveranstaltungen in der Potsdamer Innenstadt) werden bis Januar 2007 vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung 1

Die Drucksachen werden bis Januar 2007 vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 14.09.2006

Herr Becker spricht die Beanstandungen der Landwirte an und bittet für die Zukunft, besser zu kommunizieren, ob die Anlaufstelle der Landwirte in Werder besetzt ist.

Herr Kapuste informiert, dass er bei der Beratung zum Sitzungskalender im Kulturausschuss die Änderungswünsche aus dem OUL-Ausschuss angesprochen hat. Die Terminvorschläge des OUL-Ausschusses wurden so bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Baumschutzverordnung:

Herr Bolze informiert, dass derzeit die Empfehlungen der Organisationsuntersuchung der Arbeitsgruppen Untere Naturschutzbehörde/Untere Wasserbehörde umgesetzt werden, um eine zügige Bearbeitung der Baumfällanträge zu gewährleisten. Er macht dabei deutlich, dass es durch die Eingemeindung zu einer Erhöhung der Fallzahlen und somit zu einer Mehrbelastung gekommen ist.

Abfallgebühren:

Herr Bolze erinnert, dass die Verwaltung in letzten Sitzung des OUL-Ausschuss den Auftrag erhalten hat, zu prüfen, ob eine Grundgebühr bei den Abfallgebühren pro Haushalt, statt pro Person veranlagt werden kann. Dies wurde rechtlich geprüft. Da der überwiegende Teil der Potsdamer Haushalte aus ein bis zwei Personen besteht, würde eine Ungleichbelastung für diese Haushalte entstehen.

Herr Mühlberg bedankt sich für die Information.

Herr Grünberg weist darauf hin, dass ein Großteil der Gebühren für den Sperrmüll gedacht ist. Aus seiner Sicht haben Familien nicht mehr Sperrmüll als Einzelpersonen.

Herr Jäkel schlägt vor, die Ausführungen von Herrn Bolze dem Protokoll als Anlage beizufügen.

zu 3 **Wohnumfeldverbesserung in der Waldstadt II** **Vorlage: 05/SVV/0825**

Herr Bolze informiert, dass 3.500 Bäume zur Fällung beantragt wurden. Davon sind bisher 2.549 Bäume zur Fällung genehmigt worden. Für 15 Bäume wurde die Fällung versagt.

Er weist darauf hin, dass eine Vielzahl von Bewohnern mit der jetzigen Situation zufrieden ist, es aber auch Anwohner gibt, die diese Meinung nicht teilen.

Herr Bolze macht deutlich, dass durch seinen Bereich die Genehmigung für Fällungen nach Baumschutzverordnung erteilt wurde. Hiermit haben die Vermieter lediglich das Recht erhalten, die Bäume zu fällen. Ob sie die Fällungen dann in dem genehmigten Umfang durchführen, liegt in deren Ermessen.

Herr Lehmann bittet, die Äußerungen von Herrn Bolze zu Protokoll zu nehmen, da daraus zu entnehmen ist, dass der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Herr Grünberg macht darauf aufmerksam, dass für keinen der Bäume eine Ersatzpflanzung beauftragt wurde. Er fragt, warum hier der Wert des Gehölzes mit Null bewertet wird.

Herr Bolze betont, dass hiermit nicht der ökologische Wert der Bäume gemeint ist.

Herr Lehmann weist Herrn Grünberg darauf hin, dass mit dem Antrag die Verschattung der Wohnungen beseitigt werden soll.

Nach einem kurzen Wortwechsel zwischen Herrn Grünberg und Herrn Lehmann, werfen sich beide gegenseitig vor, keinen Anstand zu besitzen.

Herr Lehmann bittet, dies ins Protokoll aufzunehmen.

zu 4 Straßenreinigungssatzung 2007
Vorlage: 06/SVV/0507

Herr Jäkel schlägt vor, die Drucksachen 06/SVV/0507 und 06/SVV/0508 gemeinsam zu behandeln.

Frau Kluge gibt Erläuterungen zu der ausgereichten Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Scharfenberg aus dem Hauptausschuss vom 20.09.2006. Sie macht deutlich, dass es keine Gebührenerhöhung gab, sondern aufgrund der veränderten Bemessung eine veränderte Umlegung der Gebühren stattgefunden hat.

Herr Rietz weist auf § 4 (1) letzter Satz und (2) hin. Danach hat der Grundstückseigentümer den Winterdienst auf der Straße (Fahrbahn) zu gewährleisten. Hier wird seines Erachtens nach die Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht auf die Grundstückseigentümer umgelegt.

Herr Praetzel erklärt, dass der Winterdienst nur auf Gehwegen durchzuführen ist. Wenn kein Gehweg vorhanden ist, sind 1,5 m der Fahrbahn zu reinigen.

Herr Dr. Przybilski schlägt vor, in § 4 (1) den fettgedruckten Satz zu streichen, da dieser irreführend ist.

Frau Kluge macht deutlich, dass der Satzungstext mehrfach durch das Rechtssamt geprüft wurde. Der Absatz 1 ist lediglich die Einführung des Paragraphen. Es wird nicht verlangt, dass der Bürger die Fahrbahn reinigt. Die Fahrbahn ist durch die Stadt reinigen.

Herr Rietz bittet zu klären, wer haftet, wenn sich jemand bei der Überquerung der glatten Straße hinfällt und z.B. ein Bein bricht. Er bittet im Protokoll festzuhalten, dass der Abs. 2 den Grundstückseigentümer nicht verpflichtet die Straße zu reinigen, wenn ein Gehweg vorhanden ist.

Frau Müller bestätigt, dass dies zutreffend ist, wenn ein Gehweg vorhanden ist.

Herr Becker fragt, was der Bürger zu reinigen hat, wenn kein Gehweg vorhanden ist.

Frau Kluge erklärt, dass dann 1,5 m der Fahrbahn zu reinigen sind.

Herr Jäkel berichtet, dass er in der letzten Woche Akteneinsicht in die Rückläufe der Bürger zu den Anschreiben der Verwaltung bezüglich der Umstellung der Gebühren auf Frontmeter und der damit verbundenen Überprüfung der vorliegenden Daten. Er informiert, dass diese jetzt nach und nach durch die Verwaltung abgearbeitet werden. Hier gab es die unterschiedlichsten Anmerkungen. Er schlägt vor, die Straßenreinigungssatzung zu beschließen.

Herr Rietz macht darauf aufmerksam, dass beim Winterdienst nicht der Grundstückseigentümer verpflichtet ist, sondern die Gemeinde. Trotzdem legt die Stadt 75% der Kosten für den Winterdienst auf die Grundstückseigentümer und nur 25% auf die Allgemeinheit um.

Er weist darauf hin, dass die Stadt laut KAG bis 75 % umlegen kann. Sie muss nicht 75 % umlegen.

Frau Kluge erklärt, dass im Winterdienst nur 65 % umgelegt sind. Der Winterdienst auf nicht bebauten Flächen ist hier ausgegrenzt. Sie macht darauf aufmerksam, dass nicht 75 % der Gesamtkosten, sondern 65 % der umlagefähigen Kosten umgelegt werden.

Herr Kirsch macht darauf aufmerksam, dass Potsdam aufgrund der Haushaltslage verpflichtet ist, 75 % der Kosten umzulegen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2007

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 5 Straßenreinigungsgebührensatzung 2007 ohne Grundgebühr
Vorlage: 06/SVV/0508**

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Straßenreinigungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2007 (geänderte Fassung vom 01.09.2006)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 6 Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 27
"Horstweg / An der Alten Zauche"
Vorlage: 06/SVV/0620**

Herr Jäkel teilt mit, dass der Kleingartenbeirat getagt und die Verwaltung beauftragt hat, eine vergleichende Übersicht zu erarbeiten.

Dies ist durch die Verwaltung erfolgt. An drei Stellen finden sich Aussagen wieder, die sich nach seinem Kenntnisstand als nicht richtig erwiesen haben. So wäre die Fläche des ehemaligen Pflasterlagerplatzes aus Sicht des Investors unter der Voraussetzung der umweltrechtlichen Erlaubnis möglich. Für die R.-Moos-Str. gibt es eine feste Zusage zur Investitionsbereitschaft.

Er kann der vorgelegten Drucksache so nicht zustimmen.

Herr Kirsch weist darauf hin, dass in der Rudolf-Moos-Straße kleinere Betriebe angesiedelt werden sollen. Er stimmt der Vorlage zu, da der Standort der Nahversorgung der Bewohner des Schlaatzes dienen soll. Dies wird damit realisiert.

Frau Holtkamp weist darauf hin, dass Rewe hier lediglich als Betreiber vorgesehen ist. Die Gespräche haben mit dem Investor stattgefunden.

Herr Arndt erinnert daran, dass die Drucksache vertagt wurde, weil das Votum des Kleingartenbeirates abgewartet werden sollte. Ihm liegt bisher kein Votum vor.

Herr Jäkel erklärt, dass die ausgereichte Liste der Verwaltung ein Auftrag des Kleingartenbeirates ist. Es gab aus dem Kleingartenbeirat kein Abstimmungsergebnis.

Herr Grünberg hat Informationen, dass Rewe kein Interesse hat, hier ein Grundstück zu erwerben.
Er bittet um namentliche Abstimmung zur Drucksache.

Herr Kirsch macht deutlich, dass Rewe angekündigt hat, den bestehenden Markt am Schilfhof aufgrund der zu geringen Umsätze zu schließen, wenn nicht ein weiterer rentabler Standort hinzukommt.

Herr Mühlberg weist darauf hin, dass der ehemalige Pflasterlagerplatz als Standort auch noch ein verkehrliches Problem herbeiführen würde.

Herr Lehmann macht darauf aufmerksam, dass sich das Verkaufsverhalten verändert hat. Er stimmt der Drucksache zu.

Herr Dr. Przybilski weist darauf hin, dass der ehemalige Pflasterlagerplatz durch Herrn Jäkel in der letzten Sitzung als Antrag eingebracht wurde, der im OUL-Ausschuss abgelehnt wurde.

Herr Jäkel macht deutlich, dass er lediglich zum Ausdruck gebracht hat, dass der Investor den ehemaligen Pflasterlagerplatz in Betracht ziehen würde. Er hat nicht vor, dazu einen Änderungsantrag zu stellen.

Herr Arndt kann nicht nachvollziehen, warum der Standort für den neuen Markt nicht ein anderer sein kann, als dort wo die Kleingärten sind, da der Rewe-Markt im Schilfhof für die Nahversorgung erhalten bleiben soll.

Herr Jäkel erklärt bezüglich der Bitte um namentliche Abstimmung, dass das Stimmverhalten der einzelnen Mitglieder im Protokoll festgehalten werden kann.

Herr Kirsch bittet, sich endlich zu positionieren.
Er stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung: Ende der Debatte und Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

Dem Geschäftsordnungsantrag wird zugestimmt.

Herr Grünberg beantragt Überweisung an den Wohngebietsbeirat.

Herr Jäkel spricht dagegen, da die Entscheidung zur Drucksache nicht noch weiter verschoben werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 9

Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird abgelehnt.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 27 „Horstweg / An der Alten Zauche“ ist gemäß § 2 BauGB aufzustellen (s. Anlage 1).
2. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (s. Anlage 2).
3. Anhand der Planungsziele wird entschieden, dass das Verfahren hauptsächlich im wirtschaftlichen Interesse Dritter liegt (s. Anlage 3). Die Einleitung des Verfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan setzt daher voraus, dass neben den externen Kosten auch die künftig entstehenden verwaltungsinternen Kosten des Verfahrens vom Vorhabenträger übernommen werden (entsprechend der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.08.2006 zur Kostenerstattung von Verfahrenskosten bei Bauleitplanverfahren im wirtschaftlichen Interesse Dritter getroffenen Festlegungen – DS 06/SVV/0487).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 7

Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 7 Nutzungskonzept für die Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 06/SVV/0652**

Die Drucksache wird bis Januar 2007 vertagt.

**zu 8 City - Beirat
Vorlage: 06/SVV/0656**

Die Drucksache wird bis Januar 2007 vertagt.

**zu 9 Großveranstaltungen in der Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 06/SVV/0688**

Die Drucksache wird bis Januar 2007 vertagt.

zu 10 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 108 "Uferzone Sacrower See"
Vorlage: 06/SVV/0720

Frau Holtkamp bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Herr Mühlberg fragt, warum man hier auf den Uferweg verzichten möchte.

Frau Holtkamp erklärt, dass laut Uferwegekonzept hier kein Uferweg anzulegen ist.

Wenn in unmittelbarer Nähe ein Uferweg vorhanden ist, ist die Anlegung eines weiteren nicht erforderlich.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass es sich hier um ein Flora-Fauna-Habitat-Gebiet handelt, das besonders zu schützen ist.

Er weist auf die Zusicherung der Bestandsicherung der Kleingartenanlagen hin.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 108 „Uferzone Sacrower See“ ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (s. Anlagen 1 und 3).
2. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung (DS 01/SVV/0592) und folgender Aktualisierungen durchzuführen (s. Anlage 2)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 1

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 11 Abfallwirtschaftskonzept der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0726

Herr Ernst bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Dörschel vermisst einen Ausblick in die Zukunft. Er fragt, warum kompostierbares Material gebührenpflichtig ist und nicht aus den Grundgebühren bezahlt wird.

Aus seiner Sicht sind Aussagen zur Biotonne in den Darlegungen nicht gestützt. Wenn es hier Unterlagen gibt, die aussagekräftig sind, hätte er diese gern zur Kenntnis.

Er fragt, ob die Kosten für die Einführung einer Biotonne kalkuliert wurden.

Herr Jäkel merkt an, dass zur Einführung der Biotonne im letzten Konzept umfangreiche Aussagen getroffen wurden.

Herr Bolze erklärt, dass kompostierbare Abfälle nicht in jedem Haushalt anfallen, daher erfolgt dies über separate Rücknahmesysteme und Gebühren.

Bezüglich der Einführung der Biotonne besteht ein Prüfauftrag zum kommenden Jahr, an dem bereits intensiv gearbeitet wird.

Er bietet an, dass Abfallwirtschaftskonzept von 1999 einzusehen und einen Termin bei Frau Zierock unter Tel.: 0331-2891809 zu vereinbaren.

Herr Jäkel äußert den Wunsch, den Gedanken der Sperrmüllabfuhr noch weiter an die Bevölkerung heranzutragen, da dieser in der Grundgebühr enthalten ist.

Herr Arndt verweist auf das Identsystem und schlägt vor, dass der Bürger, wenn er seinen Restabfallbehälter nicht herausstellt, seine Mengengebühr nicht bezahlen muss.

Herr Kirsch weist darauf hin, dass bei mengengebundener Müllabfuhr viele ihren Müll auf andere Weise entsorgen würden.

Herr Bolze erklärt, dass es in Potsdam einen großen Anteil von Bewohnern gibt, die in Mietwohnungen wohnen. Bedarfsentleerung ist auch im Arbeitskreis besprochen worden. Dieser war sich einig, dass dies durch die Wohnungsunternehmen nicht zu gewährleisten ist. Er weist auch darauf hin, dass die Fahrzeuge der STEP trotzdem unterwegs sind und somit auch Kosten verursachen.

Herr Rietz spricht sich für das bisherige Abfallbeseitigungskonzept aus.

Herr Mühlberg bezieht sich auf die Aussage im AWK, dass die eingesammelten Alttextilien einer Verwertungsanlage für Altkleider zugeführt und noch ca. 50 % als tragbare Kleidung vermarktet werden. Er fragt, ob es auch Alternativen gibt.

Herr Bolze weist darauf hin, dass die karikativen Sammlungen nach wie vor stattfinden.

Herr Dr. Przybilski hatte sich durch die Einführung des Identsystems eine echte Mengenerfassung erhofft.

Herr Bolze erklärt, dass die Einführung des Identsystems dokumentieren soll, wer an die Abfallentsorgung angeschlossen ist. Hierdurch wurde u.a. festgestellt, dass es einige gab, die ihre Abfalltonnen zur Entleerung an die Straße gestellt, aber keine Abfallgebühren bezahlt haben. Von daher hat sich das Identsystem bewährt. Er weist auf die Abfallberaterin in seinem Bereich hin.

Herr Becker stimmt den von Herrn Bolze vorgebrachten Argumenten zu und macht deutlich, dass sich das Potsdamer System in den neuen Ortsteilen bewährt hat.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Abfallwirtschaftskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2006-2010 einschließlich Abwägungsbericht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2
Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 12 Standortprüfung für neues Tierheim
Vorlage: 06/SVV/0705**

Herr Dr. Grittner erläutert die Drucksache.

Herr Mühlberg bringt den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion ein und begründet diesen.

Frau Holtkamp weist darauf hin, dass auf dieser Fläche kein Baurecht erteilt werden kann.

Frau Müller macht deutlich, dass eine Änderung des B-Planes durch die Landesplanungsgesellschaft nicht genehmigt wird.

Sie bietet an, die Stellungnahme zu den rechtlichen Gegebenheiten dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Zum Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion erklärt sie, dass es einen Betreibervertrag mit dem Tierschutzverein gibt, aber keine Verträge mit den einzelnen umliegenden Gemeinden.

Die Verhandlungen mit dem Umlandgemeinden müssen von dem von der Landeshauptstadt Potsdam beauftragten Dritten (Tierschutzverein) geführt werden.

Herr Jäkel macht deutlich, dass der vorliegende Antrag ein Prüfauftrag ist, in dem aufgezeigt werden soll, welche Schritte eingeleitet werden müssen, um ein Tierheim an diesem Standort zu errichten.

Frau Holtkamp macht nochmals deutlich, dass das von ihr Vorgetragene das Prüfergebnis ist.

Herr Mühlberg zieht den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zurück. Er fragt, wie jetzt die Standortsuche weitergehen soll.

Frau Müller erklärt, dass auch Kontakt zu anderen Gemeinden aufgenommen wurde, die aber eine Beteiligung abgelehnt haben. Konkret werden derzeit der Kuhforter Damm in Golm und Marquardter Damm in Fahrland. In Golm gab es Bedenken bezüglich der Belästigung der Anwohner. Der Ortsbeirat Fahrland hat sich positiv zur Errichtung eines Tierheimes geäußert. Hier wird die Realisierung geprüft.

Herr Jäkel bittet, die überarbeitete Liste zu den Standorten sowie die Stellungnahme von Frau Holtkamp dem Protokoll als Anlage beizufügen. Nach Kenntnisnahme wird die Fraktion den Antrag zurückziehen, wenn die Verwaltung die Fragen des Antrages im Rahmen des Protokolls beantwortet.

zu 13 Sonstiges

Frau Dr. Lotz weist darauf hin, dass alle Stadtverordneten eine Einladung zur Spendengala des Bauvereins Neue Synagoge Potsdam e.V. am 16. November 2006 um 19:00 Uhr haben und bittet, die Sitzung des OUL-Ausschusses möglicherweise zu verschieben.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, den Beginn der Ausschusssitzung auf 17:00 Uhr vorzuziehen.

Nächster Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft:

16. November 2006 17:00 Uhr

**Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Protokoll**